

Koalitionsvereinbarung 2011-2016: Auszüge zum Themenbereich Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt

Präambel

Aufbauend auf den Erfolgen der vergangenen Wahlperiode wollen SPD und CDU die Aufgaben der Zukunft entschlossen angehen. Dafür brauchen wir die aktive Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, die sich für ihr Land engagieren wollen. In Zukunft wollen wir Bürgerinnen und Bürgern verstärkt die Möglichkeit bieten, sich in Planungsprozesse wirkungsvoll einzubringen. Die Koalitionspartner wollen früh, ergebnisoffen und kontinuierlich über Veränderungen und neue Vorhaben informieren und so Beteiligung ermöglichen. Nur eine solche breite Bürgerbeteiligung schafft ausreichend Akzeptanz in der Bevölkerung. Die Grundlage für den Dialog bildet die 1:1-Umsetzung von bundesrechtlichen und europarechtlichen Vorgaben.

Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung

151. Junge Menschen sollen möglichst früh an das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung herangeführt werden. Das Freiwillige Ökologische Jahr hat sich bewährt und soll fortgeführt werden.

Kultur

230. Mecklenburg-Vorpommern ist reich an Kultur. Ziel der Koalitionspartner ist es, kulturpolitische Leitlinien zu verwirklichen, die den verschiedenen Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger Rechnung tragen. Kultur wird dabei als Querschnittsaufgabe verstanden. Kultur stellt nicht nur einen hohen gesellschaftlichen Eigenwert dar, sondern dient auch der Förderung von Toleranz und interkultureller Kommunikation, zum Beispiel gegen rassistische und rechtsextremistische Tendenzen. Daher wollen die Koalitionspartner kulturelle Projekte mit Ehrenamtsbezug unterstützen.

Familienpolitik

263. Die Koalitionspartner werden sich weiter für verbesserte Rahmenbedingungeinsetzen, um Familien- und Erwerbsleben besser vereinbaren zu können. Dabei beschränken die Koalitionspartner die Maßnahmen zur Vereinbarkeit nicht nur auf die Betreuung von Kindern. Entsprechend den Anforderungen der einzelnen Lebensphasen geht es auch um die Pflege von Angehörigen, Weiterbildung, ehrenamtliche Tätigkeit und Gesundheitsfürsorge.

Jugendpolitik und Kinderschutz

268. Zur Förderung der Berufsorientierung von jungen Frauen und Männern und des ehrenamtlichen Engagements werden Angebote der Jugendfreiwilligendienste weiter vorgehalten. Dabei soll verstärkt das Angebot des neu geschaffenen Bundesfreiwilligen

Dienstes (BFD) im Land berücksichtigt werden. Ziel bleibt nach wie vor ein zusammengeführtes Angebot.

270. Die Partizipation junger Menschen in unserer Gesellschaft werden die Koalitionspartner als Basis für eine lebendige und offene Demokratie auch weiterhin mit dem Landesjugendring und anderen Akteuren stärken, unter anderem durch Projekte wie der „Beteiligungswerkstatt“ und „Jugend im Landtag“, aber auch durch regionale Beteiligungsprojekte wie Jugendparlamente und Jugendzentren. Besonders das ehrenamtliche Engagement junger Menschen, ihre Eigenverantwortung, ihre Teilhabe an der Gestaltung unserer Gesellschaft und unserer Demokratie wollen die Koalitionspartner weiter stärken.

271. Für die Koalitionspartner ist die Teilhabe aller Kinder, Jugendlicher und junger Erwachsenen an frühkindlicher und schulischer Bildung, aktiver Freizeitgestaltung und gesellschaftlichem Engagement, unabhängig von der sozialen und finanziellen Situation ihrer Eltern ein besonderes Anliegen und Verpflichtung. Die Chancen, die sich durch das Bildungs- und Teilhabepaket des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) ergeben, will die Koalition im Zusammenwirken und Dialog mit den für die Umsetzung zuständigen Kommunen noch weiter verbessern und vor allem entbürokratisieren.

Pflege

279. Durch den demografischen Wandel und eine Gesellschaft, die von immer mehr älteren Menschen geprägt ist, gewinnt das Thema Pflege zunehmend an Bedeutung. Ansätze der Koalitionspartner zu dieser gesellschaftlichen Herausforderung sind: Die Koalitionspartner vereinbaren die Einrichtung von Pflegestützpunkten in allen Landkreisen und kreisfreien Städten unter Beteiligung der Kranken- und Pflegekassen, der Landkreise und kreisfreien Städte. Die Koalitionäre unterstreichen, dass die Pflegestützpunkte auch über mobile, zugehende Strukturen verfügen sollen und die Einbindung bürgerschaftlich Engagierter eine hohe Bedeutung hat.

Rente und Senioren

285. Das Programm „Weiterbildung älterer Menschen für bürgerschaftliches Engagement“ zu Senioren-Trainerinnen/Trainern wird weiterhin umgesetzt.

Bürgerschaftliches Engagement

287. Die Koalitionspartner werden das Ehrenamt weiter unterstützen und fördern, insbesondere die Ehrenamtsmessen und das „Landesnetzwerk freiwilliges Engagement M-V“.

288. Die Vergabe des Ehrenamts-Diploms des Landes Mecklenburg-Vorpommern wird fortgeführt. Dieses soll allen Engagierten in Vereinen, Verbänden und anderen ehrenamtlich organisierten Institutionen ausgehändigt werden und deren Tätigkeit, Kompetenzen und Fortbildungsinhalte enthalten. Das Ehrenamts-Diplom soll wertvolle Informationen auch für Arbeitgeber bei Bewerbungen geben. Zusatzqualifikationen, die im

Ehrenamt erworben werden, werden bei Stellenbesetzungen im öffentlichen Dienst mit berücksichtigt.

289. Die Koalitionspartner prüfen, inwieweit das Ehrenamt durch Bürokratieabbau weiter unterstützt werden kann.

Feuerwehr, Brand- und Katastrophenschutz

353. Die Koalitionspartner unterstreichen das Ziel, bei der Auswahlentscheidung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst Tätigkeiten zu berücksichtigen, die dem Allgemeinwohl dienen und besonderes soziales Engagement erfordern.

354. Die Arbeit der Jugendfeuerwehren im Land wird weiterhin von den Koalitionspartnern unterstützt. Vor dem Hintergrund der Nachwuchsproblematik müssen mehr Schüler und Jugendliche an die Freiwilligen Feuerwehren herangeführt und für den ehrenamtlichen Einsatz begeistert werden. Dazu fördern und unterstützen die Koalitionspartner die Zusammenarbeit von Schulen und Jugendfeuerwehren.

Gesundheit

317. Die Arbeit der Selbsthilfe werden die Koalitionspartner im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch zukünftig unterstützen.

Sport

364. In Mecklenburg-Vorpommern sind rund 230.000 Bürgerinnen und Bürger im Sport organisiert. Der Sport, insbesondere der Breitensport, in Mecklenburg- Vorpommern ist insoweit eine tragende Säule des gesellschaftlichen Miteinanders und des ehrenamtlichen Engagements. Er ist für die gesunde Entwicklung der Kinder und Jugendlichen sowie für die Gesunderhaltung aller Bürger von unschätzbare Bedeutung. Daneben ist der Sport Gewalt- und Kriminalitätsprävention gerade im Jugendbereich. Die im Sportfördergesetz des Landes Mecklenburg- Vorpommern festgelegten Zuwendungen werden ebenso wie die Förderung des Baus und der Sanierung von Sportstätten auf hohem Niveau fortgeführt. Die Koalitionspartner verbinden damit die Erwartung, gerade auch verstärkt Angebote für Kinder und Jugendliche zu machen, um in den Vereinen, aber auch in Kooperation mit den Schulen, die motorischen Fähigkeiten bei Kindern und Jugendlichen zu fördern.

367. Mit ihrer Arbeit in den Sportvereinen schaffen ehrenamtlich engagierte Trainer und Übungsleiter wesentliche Voraussetzungen im Breitensport und für den Wechsel der Sporttalente in den Spitzensport. Die Koalitionspartner werden neben dem Breitensport auch den Leistungssport als Imageträger für das Land fördern. Insoweit unterstützen die Koalitionspartner die Sportler des Landes bei der Vorbereitung und Teilnahme an den Olympischen Sommerspielen und den Paralympics.

Justiz

386. Dem ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagement als ehrenamtliche Richterinnen und Richter, Schöffinnen und Schöffen, Betreuerinnen und Betreuer, Schiedsleute, beim Opferschutz oder bei der Straffälligenhilfe kommt in der Arbeit der

Justiz eine besondere Bedeutung zu. Für das Ehrenamt in der Justiz soll offensiver geworben werden. Die Vereinbarkeit mit dem Beruf soll gestärkt werden. Dazu soll das Thema im „Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit“ erörtert werden.